

Zürich

Tessiner gekränkt

Für das Neat-Eröffnungsfest wird am 1. Juni eine Luzerner Firma das Catering besorgen. Dieser Entscheidung stösst im Tessin sauer auf. **SEITE 15**

Minenräumen im Krieg

Mitten im Bürgerkrieg im Südsudan arbeiten die Minenräumteams der UNO. Ein Küssnacher hilft seit 2013 mit – trotz Gefahren. **SEITE 19**



Wildtiere im Web erfassen

WINTERTHUR Ein Fuchs, der durch den Winterthurer Eulachpark schleicht, oder ein Dachs, der über die Rychenbergstrasse schlendert: Die Natur macht auch an der Stadtgrenze nicht halt. Wo genau Wildtiere in Winterthur unterwegs sind, können Interessierte nun auf einer Webplattform eintragen.

Ziel des Projekts ist es, dafür zu sensibilisieren, wie sehr der Stadtmensch mit der Natur – oder die Natur mit ihm – zusammenlebt. Lokaler Träger ist das Naturmuseum Winterthur. Dieses hat die Website nun in enger Zusammenarbeit mit der bestehenden Plattform «StadtWildTiere» in Winterthur verankert.

Wildbeobachtungen können auf der Plattform www.winterthur.stadtwildtiere.ch rasch und unkompliziert eingetragen werden. Erfasst werden Ort, Datum und das vermutete Tier. Die Beobachtungen werden auf einer interaktiven Karte markiert. Mit der zukünftig vermehrten lokalen Sammlung von Beobachtungen wird sich ablesen lassen, welchen Wildtieren man in der eigenen Strasse begegnen kann. *sda*

Kürzung des Pendlerabzugs ist bei den Zürcher Parteien umstritten

STEUERN Soll der Kanton Zürich wie der Bund den Pendlerabzug auf 3000 Franken begrenzen? SVP und FDP sind dagegen, die meisten andern Parteien vorbehaltlos dafür.

Mit seinem Ja zur Fabi-Vorlage hat das Volk den Pendlerabzug bei den Bundessteuern auf 3000 Franken begrenzt. Seither haben etliche Kantone nachgezogen und den umstrittenen Abzug ebenfalls limitiert – oder sind daran, es zu tun (Tabelle).

Aktiv geworden ist auch die Zürcher Regierung. Erwartet wird, dass sie bald eine Vorlage mit einer Obergrenze vorlegt. Entsprechende Andeutungen machte Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) im Zusammenhang mit dem bevorstehenden kantonalen Sparprogramm, dessen Details im März auf den Tisch kommen. Walker Späh fasste den Auftrag, beim öffentlichen Verkehr 134 Millionen jährlich zu sparen. Eine Begrenzung des Pendlerabzugs könnte den Spardruck mildern, weil er Mehreinnahmen bringt.

Welche Obergrenze die Zürcher Regierung setzen will, ist offen. Einiges spricht dafür, dass sie aus administrativen Gründen die gleiche Grenze wählt wie der Bund (3000 Franken). Jedenfalls schickte sie eine Vorlage mit diesen Eckwerten in die Vernehmlassung. In die Staatskasse flössen damit 44,5 Millionen Franken jährlich. Die Gemeindekassen kämen auf 48,6 Millionen, wie im entsprechenden Regierungsschluss steht (Rechnungsbasis 2012). Würde der Pendlerabzug auf diese Weise gestutzt, müssten 156 534 Personen höhere Steuern bezahlen.

Versteckte Steuererhöhung?

Wie kommt der Vorschlag bei den Parteien an? Der Kanton will die Stellungnahmen nicht publizieren. Eine kleine Umfrage bei den Parteien ergibt folgendes Bild:

Die SVP will nichts wissen von einer Obergrenze. Das sei eine «versteckte Steuererhöhung» und entspreche «sozialistischer» Politik. Auch die FDP lehnt die Vorlage ab – jedenfalls in der vorliegenden Form, wie Geschäftsführer Urs Egger sagt. «Würde diese Obergrenze eingeführt, müssten zur Kompensation die Staatssteuern gesenkt werden.» Die CVP begrüsst die Vorlage. Allerdings sieht die Partei ein Problem für Leute, die gezwungenermassen einen langen Arbeitsweg haben. Geschäftsführerin Anna Newec sagt: «In gewissen Branchen müssten Ausnahmen bei der Obergrenze möglich sein.»

Uneingeschränkte Zustimmung erhält der regierungsrätliche Vorschlag von der SP, den Grünen, den Grünliberalen und der EVP. GLP-Kantonsrätin Barbara Schaffner fände auch eine tiefere Limite als 3000 Franken gut. «Der Staat sollte langes Pendeln nicht noch begünstigen.» Ähnlich denkt Ralf Margreiter,

Kantonsrat der Grünen. Wegen der Harmonisierung mit dem Bund stimmen beide der Regierungsvariante trotzdem zu.

Zürich peilt Basler Limite an

Das Gesetz erlaubte es den Kantonen tatsächlich, die Bundeslimite zu unterschreiten. Diesen Weg hat Genf eingeschlagen. Eine symbolische Obergrenze von 500 Franken steht dort zur Diskussion. Mit 3000 Franken wäre der Kanton Zürich dort, wo sich auch die beiden Basel befinden. Alle anderen Kantone liegen höher. St. Gallen etwa wählte den Preis für ein Generalabonnement zweiter Klasse als Obergrenze (3655 Franken).

In fast allen Kantonen führte das Geschäft zu heftigen Debatten. Solche stehen auch in Zürich bevor. Dabei wird das Volk das letzte Wort haben. Grund: Änderungen des Steuergesetzes, die eine Mehrbelastung bringen, unterstehen dem obligatorischen Referendum. Wegen der Fristen

ist auch schon jetzt klar, dass eine Neuerung nicht vor 2018 in Kraft treten könnte.

Nicht möglich ist eine vollständige Eliminierung des Pendlerabzugs. Laut Bernhard Greminger, Steuerkonsultant des Kantons Zürich, lässt dies das Steuerharmonisierungsgesetz nicht zu.

Thomas Schraner

PENDLERABZÜGE

Kanton	in Franken
AG	7000
BE	6700
SH	6000
SZ (pendent)	6000
TG	6000
ZG (pendent)	6000
AR	6000
NW	6000
SG	3655
BS	3000
BL (pendent)	3000
GE (pendent)	500

Umbau der Roten Fabrik verzögert sich

ZÜRICH Die Stadt Zürich kann die Rote Fabrik noch nicht nach ihren Wünschen umbauen: Ein Denkmalschutzexperte müsse sich zunächst mit der Fassade auseinandersetzen, verlangt das Verwaltungsgericht.

An der Westfassade der Roten Fabrik wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachträglich Fenster eingebaut. Zwischen diesen Fensteröffnungen finden sich auf der Backsteinmauer Überreste eines ursprünglich die ganze Fassade schmückenden Rautenmusters.

Die Stadt Zürich will diese Fensteröffnungen nun wieder schliessen. Gleichzeitig beabsichtigt sie, die dazwischenliegenden Backsteine – und damit auch das Rautenmuster – zu entfernen.

Neu sollen mehrere grossflächige Steingitterverkleidungen in die Fassade eingesetzt werden, hinter denen verdeckt die Belüftungsanlage für die Konzerthalle montiert wird.

Mehr als «gewisse Änderung»

Vier Personen hatten gegen das städtische Vorhaben rekuriert. Das Baurekursgericht hatte als erste Instanz noch festgehalten, dass die baulichen Massnahmen bloss eine «gewisse Änderung der Strassenfassade» zur Folge hätten.

Das Zürcher Verwaltungsgericht kommt nun aber zum Schluss, dass «sich die Fassade nach der Realisierung des Umbauprojektes optisch ganz anders präsentieren wird – und das bei einem Gebäudeensemble, dessen Fassade sogar namensgebend wurde», wie dem gestern im Internet veröffentlichten Urteil zu entnehmen ist.

«Solche Modifikationen des Erscheinungsbildes dürften nicht leichtin, sondern erst nach fun-



Im Mai 2012 brannte die Rote Fabrik. Mit dem vorliegenden Bauprojekt würde ein möglicherweise einzigartiges Rautenmuster entfernt. *Keystone*

dierten denkmalpflegerischen Abklärungen bewilligt werden», schreibt das Gericht. Dies gelte insbesondere, wenn – wie im vorliegenden Fall mit dem Rautenmuster – unwiederbringlich Originalbaustoff entfernt werden soll.

Gericht fehlt das Fachwissen

Das Verwaltungsgericht mass sich kein Urteil darüber an, ob das Rautenmuster nun fabrikgeschichtlich derart einzigartig ist, wie dies die Beschwerdeführenden vorbringen. Dazu sei denk-

malpflegerisches Spezialwissen notwendig.

Deshalb muss sich nun das Baurekursgericht als erste Instanz erneut mit dem Bauprojekt befassen. Es muss – wie ihm das Verwaltungsgericht aufgetragen hat – einen Experten beiziehen, der sich eingehend mit den Fassaden der Roten Fabrik befasst.

Diese Fachperson soll abklären, ob das Rautenmuster zu erhalten sei oder ob die Steingitterverkleidungen angebracht werden könnten. Basierend auf diesen «gutachterlichen Feststellungen», hat

das Baurekursgericht einen neuen Entscheid zu fällen.

Das Fabrikensemble in Zürich-Wollishofen ist in den 1890er-Jahren erstellt worden. Es umfasst drei Trakte, in denen einst Verwaltung, Fabrikation und Heizzentrale untergebracht waren.

Das umstrittene Bauprojekt sieht einen Umbau und eine Aufstockung eines Teils des ehemaligen Fabrikationstrakts vor. Es handelt sich um das zweigeschossige Gebäude, in dem sich Künstlerateliers und die sogenannte Aktionshalle für Konzerte befinden.

Das Gebäude, das ursprünglich der mechanischen Seidenstoffweberei diente, wurde 1892 errichtet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die zierenden Blendfenster aufgebrochen und richtige Fenster eingebaut. Später wurde ein eingeschossiger Dachaufbau erstellt.

In diesem war im Mai 2012 ein Brand ausgebrochen. Nach der teilweisen Zerstörung dieses Dachaufbaus wurde das vorliegende Bauprojekt ausgearbeitet, das nun ein zweites Mal beim Baurekursgericht liegt. *sda*

Vorrang für heimische Studierende?

WINTERTHUR Bereits im ersten Jahr der neuen ZHAW-Bibliothek ist der Andrang teilweise so gross, dass man ihn zu regulieren gedenkt.

Ein Jahr nach ihrer Eröffnung scheint sich die neue ZHAW-Hochschulbibliothek im Sulzer-Areal bereits zur beliebten Lernoase entwickelt zu haben. Während der Prüfungszeit ist beinahe jeder der 680 Lernplätze besetzt. Aus Zürich, St. Gallen und dem Thurgau reisen auch Studenten anderer Hochschulen an. Laut Bibliotheksleiter Wolfgang Giella reservieren diese teilweise auch zu Spitzenzeiten über Stunden hinweg Plätze, ohne sie zu nutzen. Verschärft sich die Platzsituation weiter, denke man darüber nach, die Belegung zu steuern. «Wir sind zwar eine öffentliche Bibliothek, aber richten uns primär an den ZHAW-Studierenden aus», sagt er. Eine Option sei, dass diese im Lernbereich während der Prüfungszeit ihre Campus-Card als Beleg auf den Tischen auflegen sollen. Auswärtige, Studierende oder nicht, würde das Personal bei Grossandrang dann ersuchen, den Platz wieder freizugeben.

Andere Universitätsbibliotheken regulieren die Belegung ihrer Lernplätze bereits. Wer in Konstanz seinen Platz verlässt, stellt eine Zeitkarte und muss nach einer Stunde zurück sein. Sonst wird der Platz bei Bedarf neu besetzt. Die HSG in St. Gallen versucht, ihre Studenten über einen sogenannten Seatfinder auf ihrer Webseite zu steuern. Dieser zeigt die Anzahl Lernplätze der einzelnen Campus-Bibliotheken und deren aktuelle Auslastung an. Insgesamt zieht der ZHAW-Bibliotheksleiter eine positive erste Jahresbilanz. *hit*